

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Uwe Klein in der SVV am 30.03.2022

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

So spät wie nie

Ich kann mich nicht erinnern, dass ein Haushalt schon einmal so spät vorgelegt und beschlossen worden ist.

Das An-Sich-Ziehen der Kämmerei seitens des vormaligen Bürgermeisters und die Rückübertragung auf den ersten Stadtrat Mitte letzten Jahres hat offenbar zu deutlichen Friktionen geführt.

Die Folge war nicht nur die Verzögerung bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs. Fragen zu Kennzahlen oder der internen Leistungsverrechnung konnten teilweise nicht beantwortet werden, weil die Herleitung der Vorjahreszahlen nicht immer möglich gewesen sei.

Der FDP war und ist die stetige Verbesserung des Haushalts auch im Sinne von mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit immer wichtig. Hier müssen wir nun leider Rückschläge verzeichnen.

Festhalten möchten wir unseren Wunsch aus den Haushaltsberatungen, bei den Investitionen zukünftig eine Darstellung auch getrennt danach zu erhalten, ob die Finanzierung durch Gebühren erfolgt (z.B. Kanalgebühren) oder aus dem Verwaltungshaushalt erwirtschaftet werden muss. Des Weiteren besteht der Wunsch, darzustellen welche Ansätze aus Vorjahren für nicht begonnene Investitionsmaßnahmen verfügbar bleiben.

Kritisch anmerken wollen wir, dass es dem Magistrat während der Übergangszeit zwischen der Abwahl des vormaligen Bürgermeisters und dem Amtsantritt des jetzigen Bürgermeisters offenbar nicht gelungen ist, die Vorlage des Haushalts in dem zu erwartenden zeitlichen Rahmen voranzutreiben und vorzubereiten.

Die strukturellen Eckdaten sind problematisch

„Die städtischen Finanzen wurden konsolidiert“, so lautete eine Wahlkampfaussage bei der Bürgermeisterwahl im Juli 2021. Holzschnittartige Zuspitzungen im Wahlkampf sind nicht ungewöhnlich. Aber für sie bestehen auch Grenzen. Kommunalaufsicht und die strukturellen Eckdaten bestätigen u. E., dass diese vorliegend überschritten wurden.

Im Juni 2020 hat die Kommunalaufsicht bei der Genehmigung des Haushalts für 2019 geschrieben, es bedarf seitens der Stadt Heusenstamm „nachhaltiger und durchgreifender Maßnahmen, um in der Zukunft eine geordnete Haushaltswirtschaft sicherzustellen“. Dabei wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese Feststellung bereits vor der Corona-Pandemie bzw. unabhängig davon getroffen wird.

Am 09.07.2021, also wenige Tage nach der Bürgermeisterwahl, ruft die Kommunalaufsicht bei der Genehmigung des Haushalts 2020 diesen Hinweis ausdrücklich in Erinnerung und stellt dazu weiter fest, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt Heusenstamm als angespannt angesehen werden muss. „Die stetig ansteigende Gesamtverschuldung bei vergleichsweise niedriger Kredittilgung wird langfristig nicht tragbar sein.“

Wie sehen die strukturellen Defizite aus und was hat sich zum Vorjahr verändert?

- In den Jahren bis 2025, d.h. im Zeitraum der Mittelfristplanung, werden wir weiterhin keinen ausgeglichenen Verwaltungshaushalt haben. Die Defizite summieren sich auf rd. 5,2 Mio. Euro (vgl. S. 37 im Haushaltsplan); Im Haushaltsplan für 2021 waren für die Jahre 2022 – 2024 Defizite von zusammen sogar 7,0 Mio. Euro ausgewiesen.

- Unser Schuldenstand beträgt Ende 2021 rd. 29,4 Mio. Euro (Vorbericht S. 16). Hinzu kommen Liquiditätskredite von 4,0 Mio. Euro (HHP S. 512). Alle Investitionen bzw. die Eigenmittel müssen durch Kredite finanziert werden. Für 2022 sind für Investitionen 6,9 Mio. Euro vorgesehen; in den Jahren 2023 -2025 weitere 37,5 Mio. Euro, zusammen mithin 44,4 Mio. Euro. Im gleichen Zeitraum sollen bzw. müssen rd. 10,0 Mio. Euro an Tilgungen geleistet werden (HHP S. 511). Damit wird sich unser Schuldenstand im Zeitraum der Mittelfristplanung mehr als verdoppeln. Dies ist noch mehr als in der letztjährigen Mittelfristplanung vorgesehen war, Da lagen wir noch unterhalb einer Verdoppelung.
- Unsere Rücklagen, Ende 2021 noch mit rd. 6,0 Mio. Euro angegeben, schmelzen bis 2025 auf 0,8 Mio. Euro zusammen. Auch hier müssen wir eine nochmals deutliche Verschlechterung gegenüber der letztjährigen Mittelfristplanung bis 2024 feststellen.
- Bei alledem ist bereits eine Erhöhung der Grundsteuer B im Jahr 2022 von 550% auf 760% eingeplant; für die Jahre ab 2023 dann sogar auf 950%. Wir Bürger werden damit in diesem Jahr mit rd. 2,1 Mio. Euro zusätzlich belastet, ab dem nächsten Jahr mit weiteren 1,8 Mio. Euro. Bereits mit dem Haushalt für 2021 ist eine Erhöhung der Grundsteuer B von 450 auf 550% mit einer Mehrbelastung von 1,0 Mio. Euro erfolgt. Zusammen sind dies Mehrbelastungen im Jahr 2023 von rd. 5,0 Mio. Euro p.a. gegenüber 2020.

Nur mit den weiteren Erhöhungen der Grundsteuer war nach Aussage des Kämmerers darzustellen, dass Tilgungen aus dem Ergebnishaushalt erbracht und Liquiditätskredite reduziert werden können; der Haushalt also überhaupt genehmigungsfähig ist.

Der Einbruch bei der Gewerbesteuer ist enorm

Ganz wesentlich beigetragen zu der deprimierenden Entwicklung hat der Einbruch der Einnahmen aus der Gewerbesteuer: 2019 noch 14,9 Mio. Euro, 2020 dann 6,1 und 2021 8,0 Mio. Euro. Die Planabweichung für das Jahr 2020 beträgt 10,7 Mio., davon wurden 4,1 Mio. durch Bund und Land kompensiert, und für 2021 beträgt sie 6,8 Mio. Euro.

Die FDP hatte schon zu Beginn der letzten Amtsperiode beantragt, dass der Magistrat regelmäßig einen Bericht über die Wirtschaftsförderung erstellt. Alle haben dafür gestimmt. Geschehen ist nichts.

Aus der aktuellen Umfrage der IHK Offenbach werden die Versäumnisse in Heusenstamm sehr deutlich. Bei der Frage nach der Unterstützung durch die kommunale Wirtschaftsförderung belegt unsere Stadt zusammen mit Hainburg den vorletzten Platz. Schlusslicht ist Obertshausen. Befragt wurden die Betriebe in 15 Kommunen (14 Kreiskommunen und Stadt Offenbach).

In der Kategorie geringste Zufriedenheit wird nur in Heusenstamm die unzureichende Breitbandanbindung genannt. „Teranat“ wird die 40%-Quote voraussichtlich nicht erreichen, so eine Pressemeldung. Bei der Wahl des Investors GVG Glasfaser GmbH aus Kiel wurden wir als Parlament nicht eingebunden. Ganz anders als z. B. in Babenhausen. Dort wurde diskutiert und abgewogen. So nimmt man andere bei einem Vorhaben mit, erzeugt Transparenz und damit Vertrauen. In Heusenstamm gab es aus heiterem Himmel einen gemeinsamen Brief von „Teranat“ und der Stadt, der viele zunächst einmal verunsichert hat. Kein guter Start.

Wir müssen ausreichend Gewerbeflächen vorhalten

Nach der bereits angesprochenen IHK-Umfrage hat ein Drittel der Betriebe in Heusenstamm vor, sich zu erweitern oder zu verändern. Bei einem weiteren Drittel ist die Frage noch offen. Interessant sind die Angaben zu den dafür benötigten Flächen. 70% benötigen danach bis zu 200 qm, 10% zwischen 200 und 500 qm, 10% zwischen 500 und 1000 qm und 10% über 5000 qm. Flächen zwischen 1000 und 5000 qm wurden danach nicht angegeben. Wir haben allen Anlass, uns mit den Bedürfnissen unserer Betriebe aktiv auseinanderzusetzen.

Die FDP hat - gerade auch mit Blick auf die begrenzten Gewerbeflächen in Heusenstamm - die Erarbeitung einer Flächenstrategie beantragt. Der Antrag wurde Anfang Juli letzten Jahres ohne Gegenstimmen (bei 9 Enthaltungen) angenommen. Durch die bevorstehenden Entscheidungen hinsichtlich der Flächen des ehemaligen Brückenbauhofes und Fernmeldezeugamtes hat die Frage, welche Flächen wir für welche Bedarfe vorsehen, hohe Aktualität.

Auch beim Campus geht es gerade darum, Gewerbe- bzw. Büroflächen in den oberen Geschossen von 6.000 qm im Hochhaus zu erhalten, wie dies in dem uns vom Investor vorgestellten Masterplan auch vorgesehen ist. Dazu haben wir beschlossen, von dem Masterplan solle nur mit Zustimmung der Stadt abgewichen werden können. Der vorgelegte Entwurf für den B-Plan sieht aber nun vor, dass eine Wohnnutzung nur im EG und den Obergeschossen 1-4 unzulässig ist. Die FDP will nicht, dass es abweichend von unserem Beschluss in das Belieben des Eigentümers gestellt wird, Büroflächen in Wohnflächen umzuwandeln. Auch wenn dieser derzeit keine derartigen Absichten verfolgt. Die Umstände können sich schnell ändern. Die Stadt muss ihre Position bestmöglich absichern.

Stadt muss ihre finanzielle Handlungsfähigkeit sicherstellen

Die FDP kritisiert an dieser Stelle erneut, dass der von uns initiierte und vom Stadtparlament einhellig beschlossene Arbeitskreis „städtische Finanzen“ vom Magistrat wie auch den anderen Fraktionen links liegen gelassen und nicht ins Leben gerufen worden ist. Der Bürgermeister hat jetzt angekündigt, dass sich dies ändern werde.

Man stelle sich das Desaster vor, die Stadt hätte sich auch noch gegenüber der katholischen Kirchengemeinde zum Abriss von deren Gemeindezentrum St. Cäcilia und den Bau eines Begegnungszentrums verpflichtet. Die Kosten dafür hätte die Stadt allein tragen müssen. Gefördert werden sollten nur Kita und Hort mit 5,9 Mio. Euro. Zu Preisen von vor fünf Jahren wurden Baukosten von 11,4 Mio. Euro genannt. Außenanlagen und Einrichtung wären hinzugekommen. Dass die von uns befürchteten 18,0 Mio. Euro für das Projekt keine Fantasie waren, dürfte heute kaum noch von jemandem bestritten werden. Dieses Projekt wäre das letzte gewesen, was uns bei allen Belastungen noch fehlt.

Wir haben genug bauliche Aufgaben auf städtischen Grundstücken, bei denen es seit Jahren nicht vorangeht. Ich nenne nur die Feuerwehrhäuser, die Schlossmühle, das Gelände zwischen dem Rathaus-Schloss und der Kita Wiesenbornweg oder den Hartplatz für die Fußballer. Zu den Feuerwehrhäusern werden erst in den Folgejahren weitere Mittel eingestellt.

Hinzu kommen nun Sanierungserfordernisse beim Rathaus-Schloss oder beim Festplatz am Bannturm.

Weitere Belastungen stehen im Bereich der Kinderbetreuung an. Wenn alle Ende 2021 noch nicht besetzten 36 Stellen im Sozial- und Erziehungsbereich besetzt werden könnten, würden wir die dafür anfallenden Personalkosten wohl kaum mit der für 2022 geplanten Steigerung abdecken können.

Hinzu kommen Kosten für die Hortbetreuung, bei der die Stadt die Baukosten zu einem Drittel zu tragen hat und die Personalkosten in vollem Umfang. Auf Kreisebene stehen uns weiter steigende Umlagen bevor. Beispielsweise durch die Einführung der flächendeckenden Schulsozialarbeit. Oder im Bereich des ÖPNV, dessen Kosten -losgelöst vom Verursacherprinzip- zukünftig durch die Kreisumlage zu decken sind. Im Jahr 2022 soll der Zuschuss an die kvGO von 6 auf 11 Mio. Euro steigen. Der Hopper wird sich als großer Kostentreiber erweisen.

Nun sind wir uns sicher darin einig, dass die Kommunen vom Land und dem Bund mit immer mehr Aufgaben belastet werden, ohne eine ausreichende Finanzierung zu erhalten. Aber wer kann denn glauben, dass bei den finanziellen Belastungen durch die Covid-Pandemie, die erforderlichen Investitionen zur Begrenzung und letztlich Vermeidung des CO²- Ausstoßes und jetzt auch noch durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine bei Land und Bund der Geldbeutel demnächst lockerer sitzen wird.

Wir werden unsere Widerstandsfähigkeit oder vielleicht besser Resilienz in schwierigen Zeiten zu einem guten Stück selbst in die Hand nehmen müssen.

Der vorgelegte Haushaltsplan umfasst ein Konsolidierungskonzept, das seinen Namen nicht verdient. Es werden lediglich mögliche Ansatzpunkte für höhere Gebühren bei den städtischen Leistungen aufgeführt. Ohne konkrete Vorstellungen zu nennen. Dieser Aufgabe hat sich der Magistrat nicht stellen wollen. Wir werden aber um konkrete Maßnahmen nicht herumkommen und erwarten dazu Vorschläge.

Haushaltsentwurf für 2022 ist von Sparwillen bzw. Sparzwang getrieben

Die Investitionen betreffen zum größten Teil den Erhalt der Infrastruktur, wie Straßen, Kanal und Wasserversorgung. Dies sind wir den Bürgern schuldig, zumal wir Anliegerbeiträge abgeschafft und die Finanzierung insoweit allein über den Haushalt beschlossen haben; erforderlichenfalls eben auch über eine Anhebung der Grundsteuer. Diese nun anzuheben, ohne Investitionen in unser Straßennetz, wäre unredlich.

Der Stellenplan sieht zwar zusätzliche Stellen in der Verwaltung vor. Der Kämmerer erläuterte aber, dass die Anzahl der Mitarbeiter in der Summe nicht oder kaum steigen wird. Die schwierige Lage am Arbeitsmarkt erfordere mehr Flexibilität. Wir werden dies sehr kritisch begleiten.

Zudem hat der Bürgermeister eine Überprüfung der Verwaltungsstrukturen zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angekündigt. Wir versprechen uns davon, dass in allen Bereichen kritisch überprüft wird, ob unsere begrenzten finanziellen Ressourcen effizient und zum Nutzen der Bürger eingesetzt werden. Der Bürgermeister ist noch keine 100 Tage im Amt. Wir erwarten aber in absehbarer Zeit, dass der Stadtverordnetenversammlung über zumindest erste Ergebnisse berichtet wird.

Die FDP wird dem vorgelegten Haushalt als Ergebnis der Not zustimmen.

Einige der hier angesprochenen Forderungen der FDP zur Verbesserung der Situation fasse ich abschließend nochmals zusammen:

- Verbesserung der Wirtschaftsförderung
- Vorhalten von ausreichend Gewerbeflächen
- Schnellstmögliche Breitbanderschließung
- Überprüfung unserer Verwaltungs- bzw. Organisationsstruktur
- Erstellung eines Konsolidierungskonzepts

Die FDP ist zu einer konstruktiven Mitarbeit bereit. Den Mitarbeitern in der Verwaltung danken wir für ihre Arbeit. Den Magistrat sehen wir in einer herausfordernden Situation und wünschen uns, dass er sich dieser in engagierter Weise stellt.